

Diskobroschüre

*Dokumentation einer Debatte
über demokratische Arbeitszeitrechnung*





Impressum

V.i.S.d.P.

Initiative demokratische
Arbeitszeitrechnung n.e.V

Berlin (Adresse auf Anfrage)

(Telefonnummer auf Anfrage)

Kontakt zu uns:

✉ gruppe_arbeitszeit@riseup.net

🐦 [@zeitoekonomie](https://twitter.com/zeitoekonomie)

📷 [ida_zeitoekonomie](https://www.instagram.com/ida_zeitoekonomie)

Inhaltsverzeichnis

- ◆ Vorwort der Herausgeberin 1
- ◆ Felix Klopotek 2
Die Verwaltung von Stunden
- ◆ Philip Broistedt & Christian Hofmann 6
Den Wert aus der Welt schaffen
- ◆ Julian Bierwirth 10
Wie im Kapitalismus
- ◆ Simon Sutterlütti 14
Eine antiautoritäre DDR
- ◆ Jonna Klick 18
Rechnen ja, Tauschen nein
- ◆ Hermann Lueer 22
Anders als im Kapitalismus
- ◆ Initiative Demokratische Arbeitszeitrechnung 26
Faires Arbeiten
- ◆ Hannes Giessler Furlan 30
Komplizierte Rechenschritte

Vorwort

Während der Sommermonate berichtete die linke Wochenzeitung Jungle World über die Idee der Arbeitszeitrechnung, basierend auf den Überlegungen der „Gruppe Internationaler Kommunisten“. Im Rahmen ihrer Disko-Reihe veröffentlichte das Blatt acht aufeinander Bezug nehmende Artikel. Dieses Diskussionsformat ermöglichte sowohl Befürworter*innen als auch Kritiker*innen dieses Konzepts, ihre Standpunkte einer breiteren Öffentlichkeit darzulegen. Die Debatte wurde kontrovers, leidenschaftlich und teilweise hitzig geführt - auch in der Abschlussveranstaltung Ende August in der Berliner Programmschänke Bajszel wurde intensiv diskutiert. Offenbar hatte das Thema einen Nerv getroffen.

Feedback erhielten wir nicht nur aus dem deutschsprachigen Raum, sondern auch aus englisch- und spanischsprachigen Gebieten sowie aus der Slowakei. Ein bemerkenswertes Novum, wie wir finden - und an dieser Stelle würden wir uns natürlich wünschen, wenn noch mehr Menschen die vorgestellten Texte der Disko-Reihe lesen. Nachdem diese über mehrere Wochen veröffentlicht wurden, möchten wir sie in einem kompakten Sammelband würdigen. Die inhaltliche Gestaltung, einschließlich der Autorenauswahl, Überschriften und redaktionellen Arbeit, wurde von der Jungle World geleistet und von uns unverändert übernommen. In einer Zeit, in der gesellschaftliche Utopien ein marginalisiertes Dasein fristen, könnte die Broschüre einen Beitrag leisten, den begrenzten Blick der realpolitischen Diskussion zu weiten.

Unser Dank gilt allen Autor*innen, die mit ihrem Einverständnis diesen Sammelband ermöglicht haben und mit ihren Beiträgen die Grundlage für eine kritische Diskussion schufen. Die Texte werfen verschiedene Perspektiven auf die Arbeitszeitrechnung und damit zusammenhängende Fragen wie gesellschaftliche Arbeit, Ausbeutung, Wertschöpfung oder Wege der Transformation. Wir bedanken uns auch bei der Jungle World dafür, dass sie eine Disko-Reihe über Arbeitszeitrechnung ins Leben rief und für unsere Broschüren-Idee grünes Licht gab!

Die sozialistische Betriebs- und Gewerkschaftszeitung Express hat die Debatte scheinbar auch verfolgt und wagt in ihrer Herbstausgabe den Schritt zu einer Zusammenführung verschiedener postkapitalistischer Ideen. Auch die Prokla (Zeitschrift für kritische Sozialwissenschaft) hat einen „Call for Papers“ unter dem Schwerpunkt „Planwirtschaft 2.0?“ ausgerufen. Wir hoffen, dass die hier dokumentierte Diskussion die Debatte um nachkapitalistisches Wirtschaften weiter anregt und der gesellschaftlichen Linken zu neuen Einsichten und Strategien verhelfen wird. Denn die braucht es dringend, soll es auf die sich global verschärfenden sozialen, wirtschaftlichen und ökologischen Krisen und den erstarkenden Faschismus eine schlagkräftige Antwort geben.

Berlin, September 2023

Initiative demokratische Arbeitszeitechnung

Die Verwaltung von Stunden

Vor fast 100 Jahren entwarfen niederländische und deutsche Kommunisten ein ökonomisches Organisationsmodell, dessen Grundlage die Verrechnung von geleisteten Arbeitsstunden bildet. Es ist ein bis heute relevantes Konzept für eine herrschaftsbefreite Ökonomie.

Von Felix Klopotek (Erstveröffentlichung in der Jungle World 2023/23)



Der Mensch als lebendiges Anhängsel. Harold Lloyd im Stummfilm »Safety Last!« (dt.: »Ausgerechnet Wolkenkratzer!«) von 1923

Bild: picture alliance / World History Archive

»Grundprinzipien kommunistischer Produktion und Verteilung«: Was für ein verheißungsvoller Buchtitel – und was für ein verheißungsvolles Programm. Denn die Schrift schlägt eine radikale Ökonomie der Zeit vor. Zeit als die grundlegende, allen einsichtige und verständliche gesellschaftliche Steuerungsgröße, anhand derer sich Arbeit bemessen lässt und deren gleiche Verteilung im Produktionsprozess letztlich eine Zeiteinsparung für alle bedeutet. »Wealth is disposable time and nothing more«, hieß es bereits in einem anonymen sozialistischen Pamphlet von 1821, ein Gedanke, der Marx so teuer war, dass er darauf in seinem als »Grundrisse der Kritik der politischen Ökonomie« berühmt gewordenen Manuskript seine Vorstellung des Kommunismus aufbaute.

Aber nur zu! Man lese die »Grundprinzipien«, deren deutschsprachige Fassung 1930 erschien – und lasse sich ordentlich enttäuschen. Das Buch ist staubtrocken, die Sprache nicht besonders elegant, die anonymen Autoren, Mitglieder einer »Gruppe Internationaler Kommunisten«, beschreiben eine Ökonomie der Schwerindustrie mit Fabriken voller Arbeiter. Und sie sind auch noch pedantisch, rechnen kleinteilig Arbeitsschritte in Zeiteinheiten um – eigentlich schlagen die »Grundprinzipien« bloß eine kommunistische Buchführung vor, in der Arbeitsstunden miteinander verrechnet werden. Von den schwärmerischen Gemeinschaftsvorstellungen des neokommunistischen Unsichtbaren Komitees und dessen 2007 veröffentlichtem Essay »Der kommende Aufstand« trennen die »Grundprinzipien« Welten. Verständnis für alle, die dieses Buch nach dem ersten Einstiegsweglegen. Zu den heutzutage geführten Debatten über »kollektives Arbeiten«, Selbstverwaltung und »Commonismus« scheint die Arbeitszeitrechnung wenig beizutragen.

Aber unsere Zeiten fußen nun mal auf den vergangenen, und damit auch auf den Niederlagen historischer sozialer Bewegungen. Die »Grundprinzipien« jedoch waren aus dem Bemühen hervorgegangen, eine der folgenschwersten Niederlagen theoretisch aufzuarbeiten, nämlich jene nach dem Ersten Weltkrieg, und sie eröffneten gleichzeitig eine Perspektive für die Zukunft. Macht man sich das bewusst – historisierte man sie also–, wird die Schrift spannend und, scheinbar paradox, sehr gegenwärtig. Denn die Aufarbeitung der Niederlagen ist kein einmal abgeschlossener Prozess, sondern stellt sich jeder Generation aufs Neue.

Die Utopie einer kommunistischen Ökonomie brauchte ein Prinzip, das den Rückfall in sozialdemokratischen Reformismus und bolschewistischen Terrorismus verhindert.

Wie konnte es sein, dass eine so mächtige Arbeiterbewegung wie die nach dem Ersten Weltkrieg nicht zum Ende des Kapitalismus geführt hatte? Das war die frustrierte Frage jener »internationalen Kommunisten« (de facto eine deutsch-holländische Gruppe) nach der Novemberrevolution in Deutschland. Dass eine Bewegung Niederlagen erfuhr und neu ansetzen musste, war das eine, damit konnte man umgehen. Dass sie aber nicht nur geschwächt aus den verlorenen Kämpfen hervorging, sondern ihr Schwung, der sie von einer demokratischen Republik zu einer sozialistischen hätte führen können, gänzlich verbraucht war, war niederschmetternd.

Klar war, dass dieses Scheitern nicht nur strategisch, sondern auch theoretisch aufgearbeitet werden musste, und dabei stieß die Mitglieder jener radikalen Strömung, die in die Geschichte als Rätekommunisten eingehen sollten, auf etwas, das noch niederschmetternder war. Die Arbeiterbewegung hatte sich selbst nachhaltig geschwächt, weil keiner ihrer Flügel – weder die Sozialdemokraten noch die Bolschewiki – in der Lage war, ein schlüssiges Konzept vorzulegen, welche Prinzipien einer herrschaftsbefreite Ökonomie eigentlich zu Grunde liegen sollten. Die Sozialisierungsdebatte in Deutschland nach der Novemberrevolution kam über wenige Vor-

schläge nicht hinaus, die die SPD dann auch noch zurückwies. Die im russischen Bürgerkrieg brutalisierten Bolschewiki konnten nur einen fatalen Voluntarismus – Wenn wir erst die politische Macht haben, werden wir die Wirtschaft schon regeln! – anbieten, der einem rücksichtslosen (Wieder-)Aufbau beförderte und ein terroristisches Arbeitsregime in den Fabriken und auf dem Land errichtete.

Kurzum, die Utopie einer kommunistischen Ökonomie brauchte ein Prinzip, das den Rückfall in sozialdemokratischen Reformismus und bolschewistischen Terrorismus – beides arbeitet jeweils einer kapitalistischen Restauration zu – verhindert; eine Recheneinheit, die es ermöglicht, die Produktion demokratisch zu steuern, die nachvollziehbar macht, wie viel Arbeit für welchen Vorgang aufgewendet wird, und die letztlich der gesamten Gesellschaft Arbeitersparnis bringt. Dieses Prinzip ist die Zeit, genauer: die Arbeitsstunde.

Kleiner Einschub: Prinzipien allein verhindern nichts, es sind Menschen, die kollektiv etwas verändern. Die Programmschrift der Rätekommunisten erzählt recht wenig von den Menschen und ihren Handlungen, weswegen ihr Fetischismus vorgeworfen wurde: ein Beschwören abstrakter Prinzipien, deren Anwendung magische Wirkung zugeschrieben wird. Der Vorwurf geht aber an der Sache vorbei: Die Autoren der »Grundprinzipien« unterstellen die erfolgreiche politische Revolution der Arbeiterklasse, also ein kollektives soziales Handeln von Menschen, das sich in einer Räteherrschaft ausdrückt. Sie ist in der Schrift immer vorausgesetzt und wird deshalb nicht eigens eingeführt.

Zurück zur Arbeitsstunde: Die »Grundprinzipien« schlagen vor, den gesamten Produktionsvorgang in Arbeitsstunden auszudrücken.

Auch die eingesetzten Produktionsmittel lassen sich zeitlich bewerten, weil sie ihrerseits Resultat verausgabter Arbeit sind. Jeder Betrieb hat für seine Produkte eine Selbstkostenrechnung in Arbeitsstunden anzustellen. Ein Vorgang, der übrigens schon heute stattfindet und eine gängige Praxis kapitalistischer Unternehmen ist. Das Management giert danach, die Arbeitsprozesse der Arbeiter und Angestellten zeitlich exakt zu erfassen, um daraus verfeinerte Methoden der Mehrwertabpressung abzuleiten.

In den »Grundprinzipien« wird der Vorgang auf die gesamte Produktion angewendet. Es geht nicht mehr darum, die einzelne Arbeiterin zu kontrollieren, sondern allen einsichtig zu machen, wie viel Zeit die Gesellschaft für ihre Reproduktion benötigt, wie viel Zeit jeder einzelne dafür aufgewendet hat und was das wiederum für seine persönliche Reproduktion bedeutet. Wenn man so will: Die kapitalistische Kontrolle der Fabrik wird aufgehoben in die egalitäre Selbstkontrolle der Gesellschaft.

Diese Selbstkontrolle findet innerhalb einer bestimmten Rechnungsperiode statt, die zum Beispiel einen Zeitraum von einem Monat abdeckt. Am Ende dieser Periode sind vorhanden: Produkte im Wert von X Arbeitsstunden und demgegenüber in Arbeitsstunden gezählte Ansprüche der Gesellschaftsmitglieder. Durch die geleistete Arbeit,

deren Verausgabung öffentlich bekannt ist, haben die Arbeitenden zugleich eine Übersicht über die Ansprüche, die sie auf die Güter anmelden können, und zwar in Form von Arbeitsstundenscheinen. Ebenfalls mitgedacht ist hier, dass die Grundversorgung der Leute – Kranken- und Altersvorsorge, Wohnraum, Erziehung und Bildung, Kultur – gesichert ist.

Sind Sozialdemokratie und Bolschewismus überhaupt noch Bezugspunkte einer heutigen sozialistischen Debatte?

Diese Stundenscheine sind kein Geld. Sie können nicht »verzinst«, sprich: investiert, werden, sie verkörpern kein Kommando, um die Arbeitskraft der Arbeiter in Bewegung zu setzen, sondern umgekehrt: Sie sind Resultat des Arbeitsprozesses. Dennoch ist die kritische Nachfrage berechtigt, was eigentlich verhindert, dass diese Scheine über kurz oder lang nicht doch wieder für sich zirkulieren und zu einem Investitions- und somit Spekulationsgut werden.

Gleichwohl waren die »Grundprinzipien« zu ihrer Zeit die stärkste Antwort darauf, was die Arbeiterbewegung mit ihrer potentiellen gesellschaftlichen Kraft anstellen kann, ohnekapitalistische Verkehrsformen zu reproduzieren. Sie lieferten die Kritik an der Sozialisierungsdebatte, aber auch an dem Machtanspruch der Bolschewiki gleich mit, indem sie zeigten, dass sich in deren gesellschaftlichen Vorstellungen und politischen Durchsetzungsformen immer wieder Momente der Intransparenz, Fremdbestimmung und Ausbeutung einschreiben.

Aber sind Sozialdemokratie und Bolschewismus überhaupt noch Bezugspunkte einer heutigen sozialistischen Debatte? In radikalen Kreisen kursieren doch eher romantisch-libertäre Vorstellungen, die von einem generellen Affekt gegen alle Formen des Tausches und Denkens in Äquivalenten geprägt sind. Jeder Tausch setzt die Vergleichbarkeit von Unvergleichbarem voraus und ruiniert den wahrhaft freien Akt des Gebens. Der marxistische Philosoph Terry Eagleton stöhnte über diese »übliche libertäre Abneigung gegen Maß, Regulierung, Identität, Äquivalenz und Berechenbarkeit« und kommentierte: »Sicherlich wenig glamouröse Phänomene, aber für jede Form der gesellschaftlichen Existenz lebenswichtig. Wer sie verwirft, zeigt sich als Privilegierter.«

Eagleton, der sich hier gegen Derrida wendet, spricht, ohne an sie gedacht zu haben, die Wahrheit der »Grundprinzipien« aus. Deren Autoren waren Arbeiter, die »Gruppe Internationaler Kommunisten« war eine Arbeitergruppe. Die »Grundprinzipien« sind eine Schrift von Nicht- oder besser: Niemalsprivilegierten. Mit der Arbeitszeitrechnung liegt ein authentisches Zeugnis einer proletarischen Kommunismusvorstellung vor. Wir sollten unsere Vorstellungen daran messen.

Den Wert aus der Welt schaffen

Das von der Gruppe Internationaler Kommunisten entwickelte Modell einer Arbeitszeitrechnung ermöglicht eine kollektive Planung der gesellschaftlichen Arbeitsteilung. Voraussetzung dafür wäre das Gemeineigentum an den Produktionsmitteln.

Von Philip Broistedt und Christian Hofmann (Erstveröffentlichung in der Jungle World 2023/24)



Hilfsmittel für eine befreite Gesellschaft? Stechuhr von IBM aus dem frühen 20. Jahrhundert
Bild: wikimedia

Endlich wird vermehrt über wirtschaftliche Planung debattiert. Worüber auch sonst? Diederzeitigen Krisen machen es offensichtlich, dass der Glaube, der Markt regle alles, eine Illusion ist. Allein schon die Klimakrise zeigt deutlich die Notwendigkeit von Planung: Wie viele Solarflächen, Windräder und Wärmepumpen sind nötig, um die Klimaziele zu erreichen? Wie viele Gebäude müssen saniert werden? Und wie könnte ein solches Sofortprogramm sowohl politisch durchgesetzt als auch in der erforderlichen Geschwindigkeit verwirklicht werden? Um Planung führt hier kein Weg mehr vorbei.

Verglichen mit der Produktion auf Basis von Vermutungen über Marktentwicklungen dürfte angesichts dieser Probleme fast jegliche Form von gesamtgesellschaftlicher Planung einen Schritt in die richtige Richtung darstellen. Trotzdem ist Planung nicht gleich Planung. Schon das Wort Planwirtschaft hat keinen linken Ursprung. Vielmehr

stammt es aus der deutschen Kriegswirtschaft im Ersten Weltkrieg und meinte eine staatliche Ergänzung zum Markt. Bolschewiki wie Sozialdemokratie waren begeistert von derlei Vorstellungen und ihre Theorien drehten sich logischerweise um politische Herrschaft und die Staatsmacht. Der Ausgang ist bekannt. Wenn heutzutage der schwedische Humanökologe Andreas Malm zur Bekämpfung des Klimawandels einen Kriegskommunismus des 21. Jahrhunderts fordert und die Journalistin Ulrike Herrmann von der britischen Kriegswirtschaft im Zweiten Weltkrieg schwärmt, sollte man skeptisch bleiben.

Dass Felix Klopotek in diesem Zusammenhang die Gruppe Internationaler Kommunisten (GIK) und das Konzept der Arbeitszeitrechnung (AZR) zur Diskussion stellt, ist famos. Die GIK hat eines der wenigen Modelle entworfen, die sich anknüpfend an Marx mit der Frage auseinandersetzen, auf welchen Rechengrößen eine herrschaftsbefreite Ökonomie fußen könnte.

Natürlich ist bei der Frage von Herrschaft auch die politische Konstitution entscheidend. Der »Verein freier Menschen« muss sich als Assoziation zusammenschließen, nicht als Staat. Diese Vorstellung sagt aber noch wenig darüber aus, auf welcher Grundlage die assoziierten Produzent:innen die Arbeit regeln könnten. »Für die bürgerliche Gesellschaft ist aber die Warenform des Arbeitsprodukts oder die Wertform der Ware die ökonomische Zellenform«, schreibt Karl Marx. Eine Theorie postkapitalistischer Produktion müsste der Frage nachgehen, wie eine komplexe, hochentwickelte Gesellschaft jenseits dieser »Zellenform« ihren Produktions- und Reproduktionsprozess organisieren könnte. Fragen nach alternativen Recheneinheiten und Maßstäben für die Organisation des Austauschs von Gütern drängen sich dabei auf, wenn nicht wie bisher Markt und Geld Produktion und Konsum regeln sollen. Dabei springt die Arbeitszeit ins Auge.

Zu Recht hat Marx den »Doppelcharakter der Arbeit« als den »Springpunkt« bezeichnet, um den sich »das Verständnis der politischen Ökonomie dreht«. Die Arbeit hat unter kapitalistischen Verhältnissen nämlich nicht nur die Eigenschaft, Gebrauchsgegenstände zu erzeugen, sie repräsentiert gleichzeitig menschliche Arbeit an sich, ihre allgemeine – letztlich gesellschaftliche – Seite. Diese in den Arbeitsprodukten vergegenständlichte abstrakte Arbeitszeit bildet die Substanz des Werts der Produkte, die damit zu Waren werden. Und in dieser Wertform ist letztlich das ganze Elend der Gegenwart angelegt: Überproduktion, Krise, soziale Krisen und der Zwang zur Akkumulation und damit zu unendlichem Wachstum. Der Wert als gesellschaftliches Verhältnis ist Ausdruck der Tatsache, dass die Menschen in einer arbeitsteiligen Gesellschaft unterschiedlichen Privatarbeiten nachgehen, deren Erzeugnisse sie auf dem Markt austauschen müssen.

Da niemand vor Beginn des Arbeitsprozesses weiß, ob es eine zahlungskräftige Nachfrage nach dem Produkt geben wird, können die Arbeitszeiten nicht unvermittelt ins Verhältnis gesetzt werden. Das geschieht – allerdings unbewusst und hinter dem Rücken der Produzierenden – erst über den Umweg von Markt und Geld. Es wäre ein

Ding der Unmöglichkeit, unter den gegebenen gesellschaftlichen Verhältnissen das Geld durch ein Arbeitsgeld zu ersetzen, dessen Wert direkt aus der aufgewendeten Arbeitszeit abgeleitet ist. Auch dies hat bereits Marx in seinen »Grundrissen« dargelegt.

Was aber, wenn diese Verhältnisse zuvor umgewälzt worden wären und wir ein Gemeineigentum der Produktionsmittel voraussetzen? Wenn die verschiedenen Arbeiten nicht vermittelt über Markt und Geld in Beziehung gesetzt würden, sondern durch den unmittelbaren Maßstab der geleisteten Arbeitszeit? Die durchschnittliche Arbeitszeit, die die Gesellschaft benötigt, um ihre Produkte herzustellen, wäre die Grundlage zur Bewertung des Aufwands: die gesellschaftlich allgemeine Arbeitsstunde. Die Gesellschaftwürde sich Gremien geben müssen, in denen sie aushandelt, was als gesamtgesellschaftliche Arbeit gewertet wird, wie die Intensität der Arbeitsstunde definiert wird oder wie die Formen der dazu notwendigen Selbstkontrolle aussehen sollen.

In der kapitalistischen Kostenrechnung finden wir auf Betriebsebene die Planung mit Arbeitszeit bereits angelegt, nur dass sie nicht öffentlich einsehbar ist.

In den »Grundrissen« merkt Marx durchaus wohlwollend an, dass man es unter diesen Voraussetzungen nur noch mit einem board (Gremium) zu tun hätte, »was für die gemeinsam arbeitende Gesellschaft Buch und Rechnung führte«. Auch wenn die GIK die erst später veröffentlichten »Grundrisse« noch nicht kennen konnte, setzen ihre Gedanken genau dort an: Die Produzierenden eignen sich die Produktionsmittel an und planen kollektiv ihren Arbeitsprozess. Die »Zellform« der neuen Gesellschaft – Klopotek spricht zu Recht von der allen einsichtigen und verständlichen gesellschaftlichen Steuerungsgröße – wäre die gesellschaftlich allgemeine Arbeitsstunde.

In der kapitalistischen Kostenrechnung findet sich auf Betriebsebene diese Planung mit Arbeitszeit bereits angelegt, nur dass sie heutzutage nicht öffentlich einsehbar ist. Von jedem serienmäßigen Produkt wissen die Betriebsleitungen genau, wie viel Arbeitszeit zu seiner Herstellung notwendig ist. Und selbst kleinste Handwerksbetriebe berechnen, wie viel Arbeitszeit ein Auftrag sie wohl kosten würde. Dieses Prinzip gilt es, auf eine gesellschaftliche Ebene zu heben. Statt (Geld-)Preisen weist der Betrieb den Arbeitsaufwand aus. Wenn dies alle Betriebe tun, sind auch die Aufwände aller Vorprodukte bekannt, ebenso wie bei jedem Endprodukt und jeder Dienstleistung. Die Arbeitszeitrechnung wäre dann ein gesamtgesellschaftlich anerkanntes, von allen handhabbares System kommunizierender Kennzahlen. Kalkulation mit der Arbeitszeit ist kein aus der Luft gegriffenes Wunschbild – die kapitalistischen Formen, in denen sie bereits heute stattfindet, sind es, die gesprengt werden müssten. Das Ergebnis wäre eine planvolle Produktion ohne Wert und Geld, an deren Ende nicht die Ware steht, sondern das Produkt.

Dass die GIK mit ihrem Text keine Bauanleitung liefert, deren einzelne Schritte bloß zu befolgen wären, ist klar. Nicht umsonst nannte sie ihre Schrift »Grundprinzipien«. Aber gerade die Tatsache, dass offen bleibt, wie die Planung gestaltet werden könnte, macht den Reiz aus. Eine Arbeitszeitrechnung würde etwa die ganze Bandbreite von

zentralen und dezentralen Planungsvarianten umfassen. Beider Planungsmomente wird es bedürfen. Es macht einen großen Unterschied, ob man über das europaweit gekoppelte Energiesystem und planetare Kippunkte redet oder über die Anzahl der Sesambrötchen in der Bäckerei um die Ecke. Und auch die Frage der Vergütung könnte durchaus offen gestaltet werden.

Da die Menschen zunächst einmal so sind, wie der Kapitalismus sie über Jahrhunderte geformt hat, wird man um gewisse Formen der Vergütung nach Leistung – zumindest fürs Erste – kaum herumkommen. Mit einer Arbeitszeitrechnung wäre das kein Problem, da die Vergütung der geleisteten Arbeitszeit entspricht. Es wäre ein transparenter Äquivalententausch – alle würden an Produkten der Gesellschaft teilhaben, entsprechenddem Umfang, in dem sie zu ihrer Herstellung in Form von Arbeitszeit beigetragen haben. Es geht hier aber nicht um den »unverkürzten Arbeitsertrag« der Sozialdemokratie des 19. Jahrhunderts. Natürlich bedarf es über dieses System des individuellen Konsums hinaus gesellschaftlicher Fonds für die Versorgung von Kindern, Alten und Kranken ebenso wie für künftige Produktionsumbauten und -erweiterungen.

Diesen Gedanken könnte man ins Zentrum rücken, um das Leistungsprinzip schrittweise zu überwinden. Warum nicht den Teil des Konsums, der über gesellschaftliche Fonds gewährleistet werden soll, immer mehr auf die Befriedigung allgemeiner Bedürfnisse ausweiten: kostenlose öffentliche Mobilität, Wohnungen, Bildung und gesundheitliche Versorgung? Oder wie wäre es mit öffentlichen Kantinen, in denen alle ein Anrecht auf gesunde und gute Ernährung hätten? Das wäre auch ein Ausgangspunkt, um bereits jetzt politische Kämpfe auszulösen; für eine gesellschaftliche Infrastruktur, die das Wertverhältnis zurückdrängt und ein besseres Leben ermöglicht, das gleichzeitig ökologisch verträglicher wäre.

Denn eines darf bei aller Konzentration auf die Arbeitszeit nicht vergessen werden: Anders als von der gescheiterten historischen Arbeiterbewegung vermutet, ist die Arbeit nicht allein »die Quelle allen Reichtums« – die Natur ist es ebenso sehr. Auf Grundlage der Verwertung des Werts ähnelt die vielbeschworene Nachhaltigkeit der Quadratur des Kreises. Eine geplante Wirtschaft auf Grundlage einer Arbeitszeitrechnung würde dagegen keine Akkumulationszwänge kennen. Sie böte zwar keine Garantie, aber immerhin die Möglichkeit, die Klassenspaltung der Gesellschaft zu überwinden und eine ökologische Katastrophe zu verhindern.

Philip Broistedt und Christian Hofmann betreiben das Blog <https://assoziation.info> und sind Autoren der gemeinsam veröffentlichten Bücher »Goodbye Kapital« (2020) und »Planwirtschaft« (2022).

Wie im Kapitalismus

In einer nach dem Konzept der Arbeitszeitrechnung organisierten Gesellschaft bliebe der Austausch von Arbeitsleistungen das zentrale Prinzip der gesellschaftlichen Vermittlung. Einen Ausweg aus den Zwängen der warenproduzierenden Gesellschaft böte das nicht.

Von Julian Bierwirth (Erstveröffentlichung in der Jungle World 2023/25)



Keine Industriearbeit ohne Arbeitszeitmessung. Uhrenturm der ehemaligen Gillette-Fabrik in London

Bild: Wikimedia / West London Dweller / CC BY-SA 3.0

Mit der verstärkten Hinwendung zur Ökonomiekritik in linken Debatten rückt auch die Frage, wie eine postkapitalistische Gesellschaft organisiert sein könnte, wieder in den Mittelpunkt. Felix Klopotek, Christian Hofmann und Philip Broistedt haben das Konzept einer Arbeitszeitrechnung (AZR) ins Gespräch gebracht, das die Gruppe Internationaler Kommunisten (GIK) vorgelegt hatte. Das Modell, das 1930 in der Schrift »Grundprinzipien kommunistischer Produktion und Verteilung« dargestellt wurde, erweist sich jedoch als kaum geeignet, um vor dem Hintergrund der derzeitigen gesellschaftlichen Situation und heutiger linker Kämpfe eine emanzipatorische Perspektive zu skizzieren.

Es ist ein zentrales Charakteristikum des Kapitalismus, dass er die Menschen voneinander trennt und sie als »vereinzelte Individuen« (Marx) ihr Überleben sichern müs-

sen. Daraus ergibt sich der merkwürdige Widerspruch, dass die Menschen sich vergesellschaften, indem sie ihre privaten Interessen verfolgen. Sie tun das aber, indem sie ihre privaten Arbeitsprodukte als Waren miteinander in Beziehung setzen. Aus diesem Grund kommt der Arbeit eine so zentrale Stellung in der kapitalistischen Gesellschaft zu: Sie ist das Prinzip der gesellschaftlichen Vermittlung.

Auf diesen Umstand weisen auch Broistedt und Hofmann hin. Für sie liegt das Problem jedoch lediglich darin, dass die Menschen die Erzeugnisse ihrer Privatarbeiten »auf dem Markt« austauschen müssen. Die Vermittlung über die Arbeit halten sie, ebenso wie Felix Klopotek, für selbstverständlich. Sie möchten »die verschiedenen Arbeiten nicht vermittelt über Markt und Geld in Beziehung« setzen, »sondern durch den unmittelbaren Maßstab der geleisteten Arbeitszeit«. Die historisch-spezifische gesellschaftliche Beziehungsform, die für den Kapitalismus grundlegend ist, soll also gerade nicht abgeschafft, sondern noch einmal (praktisch wie ideologisch) bestärkt werden.

Dass die GIK auf diese Idee verfallen ist, ist wenig verwunderlich. Auch die Arbeiter:innenbewegung, der sie entstammte, hatte sich ganz überwiegend nicht gegen das Prinzip der Arbeit gewandt, sondern dieses sogar zum Standpunkt der Emanzipation erklärt. Am Kapitalismus wurde gerade kritisiert, dass er die »Religion der Arbeit« (Paul Lafargue) nicht ernst genug nehme, weil die bürgerliche Klasse auf Kosten des Proletariats lebe. »Die gesamte Gesellschaft wird ein Büro und eine Fabrik mit gleicher Arbeit und gleichem Lohn sein«, schreibt Lenin in »Staat und Revolution« über den Sozialismus. In diesem Fahrwasser schwimmt auch die GIK. Doch die Vorstellung der GIK war nicht nur aus ideologischen Gründen naheliegend. Sie entsprach auch den materiellen Grundlagen der seinerzeitigen kapitalistischen Produktionsweise. Diese beruhte tatsächlich größtenteils noch auf der Verausgabung unmittelbarer Arbeit am einzelnen Produkt. Heutzutage hingegen hat man es mit einer völlig anderen Situation zu tun. Mit der zunehmenden Verwissenschaftlichung der Produktion kam es zu einer Neuzusammensetzung der gesellschaftlichen Arbeit. Die Anwendung des Wissens auf die Produktion und die allgemeinen Arbeiten stehen heutzutage im Vordergrund; die Vorstellung einer exakten Zurechenbarkeit von Arbeitsleistungen auf einzelne Produkte ist daher auch praktisch längst vom Kapitalismus überholt.

Mit der Arbeitszeitrechnung sollen die Menschen die Normen, denen sie sich unterwerfen sollen, zuvor miteinander aushandeln und das Maß der kollektiven Selbstunterwerfung demokratisch beschließen.

Darauf verweisen auch Unternehmensstrategien, die seit den achtziger Jahren entwickelt wurden. Weil in den Betrieben die Arbeitsbereiche wuchsen, die nicht mehr direkt den je einzelnen produzierten Waren zugerechnet werden konnten (IT-Abteilungen, Marketing, interne Dienstleitungen, betriebliche Infrastruktur, Fort- und Weiterbildung etc.), wurde das bisher gültige Prinzip der Leistungsmessung untergraben. Um dem entgegenzuwirken, wurden sogenannte Profitcenter gegründet, um den ein-

zelen Betriebsteilen »Eigenverantwortung« im Sinne der betriebswirtschaftlichen Rationalität aufzuzwingen.

Die dafür erfundenen Kriterien orientieren sich aber nicht an zurechenbaren Arbeitszeiten für bestimmte Produkte, sondern an marktorientierten Maßstäben wie Umsatz, Gewinn und Kostenreduktion. Nun sollen ausgerechnet diese mit dem Neoliberalismus durchgesetzten und vom emanzipatorischen Teil der Arbeiter:innenbewegung stets bekämpften betriebswirtschaftlichen Marktsteuerungsmechanismen zum Ausgangspunkt einer »People's Republic of Walmart« umdefiniert werden, wie der Titel eines vielbeachteten Buches von Leigh Phillips und Michal Rozworski lautet.

Wenn dann in den bisherigen Beiträgen darauf verwiesen wird, dass aufgrund der verallgemeinerten Arbeitszeiterfassung in kapitalistischen Betrieben die Umstellung auf dieses »neue« Prinzip (das sich dann als gar nicht so neu entpuppt) gar nicht so schwer zu machen sei, verweist das auf das Kernproblem des Ansatzes. Das hatte schon die GIK formuliert, als sie über die AZR schrieb: »Im Grunde genommen geschieht also genau das Gleiche wie im Kapitalismus.«

Diese Aussage gilt aber umso mehr, als die AZR im Grunde all jene Tätigkeiten ausblendet, die auch in der kapitalistischen Gesellschaft die Grundlage der Warenproduktion bilden, ohne sich selbst in Waren zu vergegenständlichen. Heide Lutosch hat zu Recht in Anlehnung an die Gender- und Arbeitswissenschaftlerin Gabriele Winker darauf hingewiesen, dass schon jetzt weit über die Hälfte (64 Prozent) der gesamten gesellschaftlich Arbeit in Deutschland in den Care-Bereich fallen, der Großteil davon in Form nicht entlohnter Arbeit. Dass diese Tätigkeiten sich nur sehr schwer in den Kosmos der Warenproduktion integrieren lassen, lässt sich aus den feministischen Debatten der achtziger und neunziger Jahre lernen. Die Tätigkeiten in diesem Bereich zeichnen sich durch die direkte Beziehung mit Menschen aus, vergegenständlichen sich also nicht und sperren sich daher gegen die umstandslose Integration in die Wertverwertung. Denn diese ist um das Prinzip der abstrakten Zeitmessung organisiert, während Care-Tätigkeiten sich an den Bedürfnissen der beteiligten Menschen orientieren oder das zumindest sollten.

Deshalb wäre es auch gar nicht möglich, diese Tätigkeiten umstandslos in die AZR zu integrieren. Weil sie nicht die Bearbeitung toter Gegenstände beinhalten, sondern die Interaktion mit lebenden Menschen, wird hier noch deutlicher als sonst, dass die Arbeitszeit nur einen äußerst beschränkten Maßstab zur Planung von gesellschaftlich notwendigen Tätigkeiten darstellt.

Dieser Zusammenhang verweist auf das zentrale Problem der Arbeitszeitrechnung. Sie basiert auf einem »gesamtgemeinschaftlich anerkannten, von allen handhabbarem System kommunizierender Kennzahlen«, das die vielfältigen stofflichen Notwendigkeiten, die bei der gesellschaftlichen Planung der Produktion zu beachten wären, auf eine gemeinsame, abstrakte Maßzahl reduziert. So wird die Arbeit zu einem Univer-

salprinzip aufgeblasen, etwas, das überhaupt nur im Kapitalismus existiert und das dessen Beschränktheit begründet.

Eine weiteres Problem kommt hinzu. Die Vertreter:innen der AZR begreifen den Kapitalismus als ein System, das sich über Klassenherrschaft und Markt organisiert. Um dieses System zu überwinden, sollen das Privateigentum an Produktionsmitteln und das Geld abgeschafft werden. Die zentrale Rolle, die in der kapitalistischen Gesellschaft die Vermittlung über die geleistete Arbeitszeit einnimmt, soll hingegen erhalten bleiben.

Auf diese Weise konzipieren diese Ansätze die kapitalistische Ökonomie als zweigeteilte. Auf der einen Seite steht die Arbeit, geleistet von fleißigen Proletarier:innen, die man ganz umstandslos und problemfrei direkt messen kann. Und auf der anderen Seite steht das Geld, das von dieser Zeitmessung strikt unterschieden werden muss und das am Ende gar verzinst wird und sich gegenüber der Gesellschaft verselbständigt. Das – und nicht etwa die Utopie einer Gesellschaft ohne Ware und Tausch – ist Ausdruck einer romantischen

Haltung, in der die schlechten Seiten des Kapitalismus im Geld vergegenständlicht werden und die proletarische Arbeit als Verwirklichung der Menschenrechte erscheint.

So entpuppt sich dann die vermeintliche Abschaffung des Geldes als ein Missverständnis. Im real existierenden Kapitalismus soll das Geld die Widersprüche zwischen den privaten Betriebseinheiten und der gesellschaftlichen Allgemeinheit ausgleichen. Im Modell der AZR hingegen wird das Geld aus der Gleichung herausgenommen und durch ein schwer verständliches System aus Institutionen, Gremien und Ausschüssen bis hin zu einer »öffentlichen Buchhaltung« (GIK) ersetzt. Hier soll nun ausgehandelt werden, »was als gesamtgesellschaftliche Arbeit gewertet wird, wie die Intensität der Arbeitsstunde definiert wird oder wie die Formen der dazu notwendigen Selbstkontrolle aussehen sollen« (Broistedt/Hofmann). Was bedeutet das? Die Menschen sollen die Normen, denen sie sich unterwerfen sollen, zuvor miteinander aushandeln und das Maß der kollektiven Selbstunterwerfung demokratisch beschließen.

Die Widersprüche der Warenproduktion, der Arbeits- und Leistungskonkurrenz werden auf diese Weise nur auf einer anderen Ebene reproduziert, aber in keiner Weise aufgehoben Und nicht nur das: Die Vorstellung einer AZR passt zudem in keiner Weise zu den Kämpfen, mit denen sich Menschen heutzutage gegen die Folgen der kapitalistischen Zeitökonomie wehren. Egal ob die Kämpfe gegen die Erderwärmung, für die Vergesellschaftung großer Wohnungskonzerne, des öffentlichen Verkehrs und der Energieversorgung oder die feministischen Kämpfe gegen die Objektivierung von Frauen – immer geht es darum, sich aus der Logik der Verdinglichung und der Kostenrechnung zu befreien. Wer diese Kämpfe ernst nehmen will, wird mit der Arbeitszeitrechnung nicht viel weiterkommen.

Eine antiautoritäre DDR

Die Arbeitszeitrechnung wäre nur eine weniger autoritäre Form des realsozialistischen Staatskapitalismus, mit allen seinen Problemen. Wer Kommunismus will, muss die Lohnarbeit abschaffen.

Von Simon Sutterlütti (Erstveröffentlichung in der Jungle World 2023/27)



»Die Kommandowirtschaft scheiterte, weil sie im Kern kapitalistisch war.« Steinzeugkombinat Bitterfeld mit rauchenden Schornsteinen, November 1981

Bild: © Bundesstiftung Aufarbeitung/Harald Schmitt

Viele Genoss:innen nehmen das Scheitern des Realsozialismus im 20. Jahrhundert nicht ernst. Sie kritisieren den Realsozialismus politisch, nicht politökonomisch. Sie kritisieren undemokratische und inkompetente Führung, schwache Anreize durch mangelnde Konkurrenz zwischen Betrieben oder Arbeiter:innen, Geld- statt Arbeitszeitrechnung oder verweisen auf fehlende Rechenleistung von Computer als Ursache für das Scheitern seiner Planwirtschaft. Aber die Kommandowirtschaft scheiterte, weil sie im Kern kapitalistisch war, da sie Arbeit durch Lohn erzwang und dadurch der (Tausch-)Wert herrschte. Sie war eine kapitalistische Planwirtschaft. Die Arbeitszeitrechnung (AZR) der Gruppe Internationaler Kommunisten (GIK) erinnert deshalb nicht nur an den Marktkapitalismus, wie Julian Bierwirth argumentiert, sondern auch an den Staatskapitalismus des Realsozialismus, nur mit demokratischem Anstrich.

Das AZR-Konzept wie auch neuere Ansätze von Paul Cockshott und Allin Cottrell (die neben Arbeitszeit wenigstens CO₂-Emissionen als Planzahl aufnehmen), David Laibman und Pat Devine oder Robin Hahnel und Michael Albert halten am Arbeitszwang fest, denn »wir werden um gewisse Formen der Vergütung nach Leistung – zumindest fürs Erste –kaum herumkommen«, wie Philip Broistedt und Christian Hofmann an dieser Stelle geschrieben haben. Es scheint nur ein kleiner Fehler, ein »Muttermal« der alten Gesellschaft (Marx), ein (zumindest bei den antiautoritären Autor:innen) unbeliebtes, aber realistisch betrachtet unvermeidliches Zugeständnis an die kapitalistische Subjektivierung. Aber es ist viel mehr als das. Die Lohnarbeit zählt neben Klasse und Markt zu den Charakteristika des Kapitalismus.

Mit der Lohnarbeit – und dabei ist es zunächst egal, ob für Arbeitsscheine oder Geld gearbeitet wird – herrscht in der Planwirtschaft wie in der Marktwirtschaft der (Tausch-)Wert. Wie kann man dann behaupten, dass die AZR den »Wert aus der Welt« schaffe? Ja, wie der Realsozialismus schafft die AZR die betriebliche Konkurrenz ab und damit den Profitzwang, aber nicht den Wert. Der beherrscht weiter das Handeln der Subjekte.

Im Realsozialismus wie bei der AZR mag Arbeiter:innen und Betrieben der Gebrauchswert von Produkten und Dienstleistungen persönlich am Herz liegen, aber sie müssen sich am Tauschwert orientieren. Arbeit dient vorrangig der individuellen Existenzsicherung. Deshalb stritten die Lohnarbeiter:innen im Realsozialismus sehr vernünftig für Lohnsteigerung, Minimierung der Arbeitslast und hohe Boni. Der Gebrauchswert, fristgerechte Lieferung und Produktivitätssteigerung waren sekundär. Dabei standen sie im Gegensatz zum Planstaat. Dieser forderte gute Produkte, ehrliche Zahlen und Produktivitätssteigerung. Aber ohne die Disziplinierung der Konkurrenz verschleierten DDR-Betriebsdirektor:innen mit großem Erfolg ihre Leistungsfähigkeit und gewannen sogenannte weiche Pläne, die keine Höchstleistung der Betriebe erforderten.

Um dieses Problem zu lösen, kamen Forderungen nach mehr »materieller Interessiertheit« auf: mehr Einkommensdifferenzen, mehr leistungsbezogener Lohn, mehr Sanktionen für Betriebe, mehr Wettbewerb – letztlich die Rückkehr des Markts.

Natürlich ist die Minderung der Konkurrenz für Arbeiter:innen (geringe Einkommensdifferenz und keine Arbeitslosigkeit) und Betriebe (geringe Profitdifferenzen und keine Konkursmöglichkeit) sozialistisch, aber auf fortbestehender kapitalistischer Grundlage führt sie zu Ineffizienz. Diese ökonomische Sanftheit brach dem Realsozialismus zunehmend ökonomisch das Genick. Das war entscheidend, nicht nur die Auseinandersetzung mit dem Westen, Parteiherrschaft und schlechte Planung.

Man hört schon die Genoss:innen rufen: »Aber bei uns ist das ganz anders.« Nein, ist es nicht. Die Arbeitszeitrechnung stellt gegenüber der realsozialistischen Geldrechnung, wie es sie beispielsweise in der DDR gab, keine echte Verbesserung dar. Auch das realsozialistische Geld war kein Marktgeld, niemand konnte damit Produktions-

mittel kaufen und Kapitalist:in werden. Und auch rote Zahlen der Betriebe wurden akzeptiert, solange die Planerfüllung gelang. Es war vielmehr eine Recheneinheit, um Überblick zu bekommen und die Arbeiter:innen an den Lohn zu ketten. Auch die Selbstverwaltung der Betriebe macht die Arbeiter:innen nicht zu Kommunist:innen, weil sie es materiell nicht sind. Sie bleiben Lohnarbeiter:innen, die vernünftigerweise versuchen, möglichst geringe Leistungen erbringen zu müssen und ihren Konsum zu maximieren.

Auch im Realsozialismus stellte sich die Rede von einer ersten Phase, auf die dann die Errichtung des Kommunismus folgen würde, als ein leeres Versprechen heraus.

Der Realsozialismus war politisch autoritär, aber ökonomisch sanft – und die Internationalen Kommunisten sind schlicht die Sanften der Sanften. Hier versucht nicht der Staat, das Höchste aus den Betrieben herauszuholen, sondern die Betriebe schlagen Pläne vor und der Staat (Verzeihung, die öffentliche Buchhaltung, bei Lenin waren es vor der Machtergreifung auch die assoziierten Arbeiterräte) bewilligt sie. Damit haben Betriebe und Arbeiter:innen noch mehr Macht – in dem Sinn ist das Modell tatsächlich weniger autoritär – auf Kosten der Konsument:innen, sowohl der Endkonsument:innen als auch anderer Betriebe, die mit Mängeln und Lieferproblemen umgehen müssen. Neuere Modelle wie der Cybersozialismus von Cockshott und Cottrell sowie das Parecon-Modell (Parecon steht für »participatory economics«) von Robin Hahnel und Michael Albert vollführen die »Rückkehr des Marktes« schon im Konzept. Sie führen abgeschwächte Konkurrenz zumindest auf den Endgütermärkten ein. In der Praxis wäre man immer wieder gezwungen, entweder mehr Konkurrenz einzuführen oder mit dem ständigen Versagen der Planung zu leben.

Es gibt noch viele weitere Argumente gegen eine planwirtschaftlich organisierte sogenannte Übergangsgesellschaft, deren historische Versuche sich eher als etatistischer Pol des Kapitalismus entpuppten: Die Abspaltung der Sorgearbeit besteht fort. Die Tendenz zu autoritären politischen Formen wohnt der zentralisierten Wirtschaftsform inne (wobei immerhin die Herrschaft des Marktes beseitigt wird). Das Externalisierungsprinzip besteht fort, da Betriebe ihre Kosten senken, ohne auf ökologische Folgen zu achten. Die Klassenverhältnisse bleiben, in deren bestem Fall die Arbeiter:innen ihre Kapitalist:innen (im funktionalen, nicht ausbeutenden Sinne) selbst wählen. Die Ausbeutung besteht fort – allerdings nicht zum Nutzen der abgeschafften Kapitalist:innen, sondern zum gegenseitigen Nutzen der Arbeiter:innen, indem sie sich gegenseitig zur Arbeit zwingen (was Bierwirth »kollektive Selbstunterwerfung« nennt). Die Selbstentfaltung ist weitgehend auf Freizeit und Konsum beschränkt, während Produktion und produktive Bedürfnisse nach wie vor Entfremdung, Ausbeutung und Tauschwert unterworfen sind.

Eine demokratische Planwirtschaft kann mehr Gleichheit und mehr Sicherheit bieten, aber nach wie vor mit dem Zwang der Lohnarbeit, mit dem gleichen Gegensatz der Interessen, dem gleichen Versprechen des Konsums. Und da die Marktkonkurrenz

brutal Konsum- und Kapitalmacht vor Arbeitermacht priorisiert, winken im Markt-system Banane und BMW statt Mangelwirtschaft.

Warum also noch einmal Staatskapitalismus, wenn auch in demokratischerer Form? In den Ostblockstaaten wurde argumentiert, die Produktivkräfte seien noch nicht weit genug entwickelt, um zum Kommunismus überzugehen. Zwar ist das Argument generell zweifelhaft, aber heute ist es, was die technische Entwicklung angeht, aus der Welt. Und was die menschliche Seite der Produktivkräfte angeht: Die staatskapitalistischen Arbeiter:innen lernen in den Subbotniks (freiwillige Arbeitseinsätze) sicherlich nicht, »wie Kommunisten zu arbeiten« (Lenin). Das war idealistischer Kommunismus: Zuerst zwingt man die Menschen zur Arbeit und dann ist man verwundert, dass sie nicht freiwillig und motiviert (mehr) arbeiten. Wer Kommunismus will, muss materialistisch denken und die realen Bedingungen dafür schaffen: Verteilung nach Bedürfnissen statt nach Leistung und damit Freiwilligkeit statt Arbeitszwang. Dann regiert der Gebrauchswert.

Auch das alte Argument einer schrittweisen Einführung des Kommunismus ist Wunschdenken – wenn auch verständlich. Im Gegensatz zu einigen ihrer Vorgänger:innen wollen heutige Staatskapitalist:innen ein hohes bedingungsloses Grundeinkommen als Ergänzung des Arbeitslohns (die GIK nennt es den »Faktor individueller Konsum«, FIK), um die zuerst verordnete Gewalt abzumildern. Aber in der Praxis werden die Kommandosozialist:innen erfahren, was auch die Führungsschichten im Kapitalismus fürchten: Verlust des Kommandos über die Arbeit. In den USA ist die Forderung nach einem bedingungslosen Grundeinkommen politisch völlig unten durch, seit die US-Regierung während der Covid-19-Pandemie ein vergleichsweise hohes an bedürftige Bürger ausbezahlt, und siehe da: Die arbeitenden Massen verhielten sich vernünftig und legten ihre miesen Jobs nieder. Die gleiche Einsicht blüht unseren kommandosozialistischen Genoss:innen. Man hört schon das Argument: »Leider kann das BGE doch nicht angehoben werden, da sonst die Produktion zum Erliegen kommen könnte.«

Auch im Realsozialismus stellte sich die Rede von einer ersten Phase, auf die dann die Errichtung des Kommunismus folgen würde, als ein leeres Versprechen heraus, und warum sollte es dieses Mal anders sein? Nein, beim Kommunismus heißt es »ganz oder gar nicht«. Er hat nicht eine humanere und vernünftigere Organisation des Kapitalismus anzubieten, sondern etwas ganz Neues, was bisher nur Wenigen vorbehalten war: die Freiheit, über die eigene Lebenszeit zu verfügen. Ein Ende von Selbstunterwerfung und Entfremdung, Zeit für Sorge, »travail attractif« (Marx), Raum für resonante, lebendige Weltbeziehung. Und noch etwas, das noch viel schwerer zu vermitteln ist und in commonistischen Keimformen aufscheint: Solidarität.

Rechnen ja, Tauschen nein

Gemessene Arbeitszeit kann auch in einer kommunistischen Gesellschaft ein Element der gesellschaftlichen Planung sein. Doch das ist etwas anderes, als geleistete Arbeitszeit zu entlohnen und so den Arbeitszwang durchzusetzen.

Von Jonna Klick (Erstveröffentlichung in der Jungle World 2023/28)



Selbstbestimmtes Rechnen. In der kommunistischen Planung wäre Arbeitszeit nur eine Rechengröße von vielen

Bild: pixabay / councilcle

In der Debatte über die Frage, ob eine kommunistische Gesellschaft eine Form der Arbeitszeitrechnung benötige, um sich zu koordinieren, muss zwischen zwei verschiedenen Verständnissen dieser Messung unterschieden werden: Geht es um Arbeitszeit als eine reine Rechengröße, die Planung ermöglicht, oder geht es um eine Kopplung der Konsummöglichkeiten der Individuen an deren geleistete Arbeitszeit (wie im Modell der Gruppe Internationaler Kommunisten)? Während Ersteres durchaus Teil kommunistischer Planung sein kann, steht Letzteres einer bedürfnisgerechten Organisation der Gesellschaft entgegen.

Diese Differenzierung ist wichtig, denn Argumente für das eine sprechen nicht automatisch auch für das andere. Wenn etwa Felix Klopotek schreibt, es brauche »eine Recheneinheit, die es ermöglicht, die Produktion demokratisch zu steuern, die nach-

vollziehbar macht, wie viel Arbeit für welchen Vorgang aufgewendet wird, und die letztlich der gesamten Gesellschaft Arbeitersparnis bringt«, so ist dagegen prinzipiell nichts einzuwenden. Wenn sich die Menschen in einer kommunistischen Gesellschaft beispielsweise zwischen zwei Produktionsmethoden entscheiden müssen, so wird es für die Entscheidung sicherlich hilfreich sein, die jeweils erforderliche Arbeitszeit zu berechnen. Das ist aber etwas grundsätzlich anderes, als die Arbeitszeit zu entlohnen und die Konsummöglichkeiten an Arbeitszeitgutscheine zu koppeln.

Doch auch wenn Arbeitszeit nur als Recheneinheit für die Planung erfasst wird, stellen sich einige Fragen: Was zählt als Arbeitszeit? Wird die Zeit, die zur Reproduktion der Arbeitskraft notwendig ist, mit einberechnet? Was ist mit Tätigkeiten, die sich nicht oder nur begrenzt in Zeiteinheiten ausdrücken und planen lassen? Wie wird mit unterschiedlich schweren Arbeiten umgegangen? Sollte die Frage, wie viel oder wenig Spaß eine Arbeit macht, nicht ebenso berücksichtigt werden? Und erst recht der Ressourcenverbrauch und die Umweltfolgen?

Bereits in den Debatten über Planwirtschaft zu Beginn des 20. Jahrhunderts stand die Frage im Mittelpunkt, ob es eine einheitliche Rechengröße braucht, die Komplexität reduzieren kann. Der sozialistische Ökonom Otto Neurath argumentierte mit seinem Konzept einer auf »Naturalplanung« basierenden Planwirtschaft, die sich an den jeweiligen stofflichen Gegebenheiten wie etwa dem Materialverbrauch orientiert, dagegen, während andere Sozialist:innen ebenso wie Liberale für eine einheitliche Rechengröße argumentierten.

Die Debatte von damals mag man bewerten, wie man will. Heutzutage kann dank digitaler Technik eine Vielzahl von Informationen leicht transferiert werden. Des Weiteren wird mit den ökologischen Krisen der schonende Umgang mit natürlichen Ressourcen zu einer zentralen Aufgabe gesellschaftlicher Planung – und dafür braucht es vielfältige Informationen, die den jeweiligen stofflichen Verbrauch, aber auch Folgen für Ökosysteme erfassen können.

All dies spricht dafür, die Arbeitszeit zwar in der kommunistischen Planung zu berücksichtigen, allerdings als eine Rechengröße unter vielen, und sich ihre Begrenzungen bewusst zu machen.

Wenn Industrieproduktion am Fließband zeitsparender als die handwerkliche Fertigung, aber dafür viel eintöniger ist und mehr Energieressourcen verschlingt, dann ist es sinnvoll, nicht nur die Zeit, sondern auch diese anderen Faktoren einzuberechnen. Gerade darin läge kommunistische Freiheit: Sich nicht nach einem universellen Maßstab richten zu müssen (wie Geld oder Arbeitszeit), sondern Entscheidungen wirklich demokratisch auf Basis der Bedürfnisse der Beteiligten treffen zu können.

Kommunistische Freiheit würde darin liegen, sich nicht nach einem universellen Maßstab wie Geld oder Arbeitszeit richten zu müssen, sondern Entscheidungen auf Basis der Bedürfnisse zu treffen.

Die GIK setzt jedoch nicht nur die Arbeitszeit als die zentrale Rechengröße fest, sondern koppelt auch die individuellen Konsummöglichkeiten an die geleistete Arbeitszeit. Diese ist dann nicht nur eine Planungsgröße, sondern auch das Mittel, mit dem Arbeit erpresst wird. Damit gehen die Probleme einher, die Julian Bierwirth und Simon Sutterlütli bereits ausgeführt haben: Die Menschen bleiben vereinzelt Einzelne, die sich über tauschwertorientierte und damit entfremdete Arbeit vergesellschaften. So reproduzieren sich wesentliche Merkmale des Kapitalismus und es stellen sich dieselben Probleme wie im Realsozialismus, der gleichfalls auf dieser Form der Vergesellschaftung fußte. Arbeitszeit als Maßstab wird deutlich wirkmächtiger, sie wird – wie im Kapitalismus – zur stofflosen Substanz des Tauscherts und die Probleme, die sich bereits bei der Arbeitszeit als Rechengröße stellen, verschärfen sich: Die in Waren vergegenständlichte Arbeitszeit diktiert Produktion und Verteilung, unbezahlte Tätigkeiten werden abgespalten und benachteiligt.

Die Alternative dazu bestünde in der Entkopplung von Leistung und Konsum. Oder, wie Marx es ausdrückte, in dem Prinzip: »Jeder nach seinen Fähigkeiten, jedem nach seinen Bedürfnissen«. Dass eine solche gesellschaftliche Organisation vielen unwahrscheinlich erscheint, ist Ausdruck des bürgerlichen Menschenbilds, der Vorstellung vom homo oeconomicus. Diese betrachtet Menschen als vereinzelt Wesen, die nur ihren Eigennutz kennen. Arbeit erscheint darin immer als etwas Negatives, etwas, das Menschen nur tun, wenn sie mit Anreizen dazu motiviert werden. Die Kritische Psychologie, die marxistische Psycholog:innen kurz nach der Achtundsechziger-Bewegung in Westberlin entwickelten, begreift Menschen hingegen als gesellschaftliche Wesen. Da ihre jeweilige Daseinsvorsorge immer auch gesellschaftlich vermittelt ist, haben sie ein Bedürfnis danach, über diese Vorsorge mitverfügen und auch aktiv dazu beitragen zu können.

Zweifellos kann es auch im Kommunismus Arbeiten geben, die unbeliebt sind. Es gibt verschiedene Möglichkeiten, damit umzugehen: Sie können so reorganisiert werden, dass sie mehr Spaß machen, in einigen Fällen können sie auch automatisiert werden (wobei die Vorstellung der kompletten Befreiung von unangenehmer Arbeit durch Technik nicht mit den ökologischen Grenzen der Energie- und Materialgewinnung kompatibel sein dürfte) oder Menschen können sich entscheiden, die Ausübung solcher Arbeiten rotieren zu lassen. Bei einigen Aufgaben mag man sich auch dazu entscheiden, sie einfach sein zu lassen (wie etwa Spargelstechen). Auch sozialer Druck und soziale Normen werden realistischerweise eine Rolle spielen.

Vor allem aber wird die Gestaltung und Verteilung auch unbeliebter Aufgaben stets ein kollektiver und gesellschaftlicher Prozess sein, in dem alle Menschen gemeinsam Notwendigkeiten verhandeln und selbstorganisiert angehen können. Nur wenn der Arbeitszwang aufgehoben wird, kann sich wirkliche Solidarität entfalten. Denn wenn Zwang als Mittel, die Arbeit zu organisieren, wegfällt, müssen die Bedürfnisse der Beteiligten einbezogen werden. Die Überwindung der Kopplung von Geben und Nehmen ist deshalb keine romantische Träumerei, sondern die materielle Vorausset-

zung dafür, dass der Kommunismus als eine Assoziation entstehen kann, »in der die freie Entfaltung des Einzelnen Bedingung für die freie Entfaltung aller ist« (Marx/Engels).

Der Weg dahin ist freilich nicht einfach. Nicht nur, weil er die revolutionäre Umwälzung der Eigentumsverhältnisse und gesellschaftlichen Vermittlungsformen voraussetzt, sondern auch, weil die Menschen als Subjekte vom Kapitalismus geprägt sind – was Philip Broistedt und Christian Hofmann an dieser Stelle als Argument dafür nehmen, dass der Kommunismus in der ersten Phase am Leistungsprinzip festhalten müsse. Es scheint jedoch unrealistisch, dass Menschen in einer Gesellschaft, die, indem sie an diesem Prinzip festhält, die bürgerliche Subjektivierung fortschreibt (wie im Modell der GIK), nach und nach das Leistungsprinzip abschaffen werden. Viel sinnvoller ist es wohl, heute schon in den Brüchen der bestehenden Gesellschaft, die uns zwingen, uns anders zu organisieren, in den Kämpfen, in denen wir solidarisch füreinander tätig werden, die neue kommunistische Subjektivierung zu erproben und in einem revolutionären Moment die materiellen Bedingungen dafür zu schaffen, dass sie sich gesellschaftlich verallgemeinern kann.

Anders als im Kapitalismus

Die Arbeitszeitrechnung ermöglicht es, ohne kapitalistische Eigentumsverhältnisse in einer arbeitsteiligen Gesellschaft sowohl die Erfüllung von Bedürfnissen als auch die dafür notwendige Arbeit bewusst zu organisieren.

Von Hermann Lueer (Erstveröffentlichung in der Jungle World 2023/30)



Die individuelle Arbeitszeit transparent machen. Stempelkarten einer ehemaligen Weinbrennerei in Krefeld

Bild: picture alliance / imageBROKER / Karl F. Schöfmann

Solange nicht alles in beliebiger Menge und zum gewünschten Zeitpunkt vom Himmel fällt, würde jede Gesellschaft verrecken, die für ein paar Wochen die Arbeit einstellt. Denn die den Erfordernissen der Lebenserhaltung entsprechenden Mengen von Produkten müssen erst einmal erzeugt werden. Mehr noch, die gesellschaftliche Gesamtarbeit muss zweckmäßig aufgeteilt werden, um jeweils ausreichende Mengen der erforderlichen Produkte zu erzeugen.

»Dass diese *Notwendigkeit der Verteilung* der gesellschaftlichen Arbeit in bestimmten Proportionen durchaus nicht durch die *bestimmte Form* der gesellschaftlichen Produktion aufgehoben, sondern nur *ihre Erscheinungsweise* ändern kann, ist self-evi-

dent. Naturgesetze können überhaupt nicht aufgehoben werden. Was sich in historisch verschiedenen Zuständen ändern kann, ist nur die Form, worin jene Gesetze sich durchsetzen. Und die Form, worin sich diese *proportionelle Verteilung* der Arbeit durchsetzt in einem Gesellschaftszustand, worin der Zusammenhang der gesellschaftlichen Arbeit sich als *Privataustausch* der individuellen Arbeitsprodukte geltend macht, ist eben der Tauschwert dieser Produkte. Die Wissenschaft besteht eben darin, zu entwickeln, wie das Wertgesetz sich durchsetzt.« (Marx, Brief an Ludwig Kugelmann vom 11. Juli 1868.)

Bierwirth und Sutterlütli können sich dieser Argumentation von Marx nicht anschließen. Für sie ist nicht der mit dem Eigentumsverhältnis verbundene Wert das gesellschaftliche Vermittlungsprinzip im Kapitalismus, sondern die Arbeit. Dementsprechend setzen sie sich auch nicht inhaltlich damit auseinander, was die Durchsetzung der Arbeitszeitrechnung konkret bedeuten würde, sondern halten schlicht ihr utopisches Programm dagegen: Solidarität als Vermittlungsform in der weltweiten Arbeitsteilung. Diese Phrase kann aber nicht Grundlage eines Produktions- und Reproduktionsprozesses sein. Wenn die Menschen ihre arbeitsteilige Gesellschaft selbst regeln und verwalten wollen, müssen sie den Zusammenhang zwischen ihren Bedürfnissen und der Arbeit, die zu deren Befriedigung erforderlich ist, zur Grundlage ihrer bewussten Entscheidungen machen.

Geld- und Arbeitszeitrechnung sind Ausdruck unterschiedlicher Produktionsverhältnisse. Da in beiden Produktionsverhältnissen die gesellschaftliche Güterbewegung verrechnet wird, entsteht äußerlich der Eindruck, in beiden herrsche dasselbe Prinzip der Güterzirkulation. Tatsächlich aber sind Form und Inhalt grundlegend verschieden. Während in der über die Arbeitszeit vermittelten Güterzirkulation niemand etwas geben kann außer seiner Arbeit und nichts in das Eigentum des Einzelnen übergehen kann außer den individuellen Konsumtionsmitteln, kann in der über den Wert (Geld) vermittelten Marktwirtschaft fremde Arbeit ausgebeutet werden, um nicht nur individuelle Konsumtionsmittel, sondern auch Produktionsmittel in das Eigentum des Geldbesitzers übergehen zu lassen.

Das Geld, das mit dem Eigentum an den Produktionsmitteln in die Welt kommt, ist die vergegenständlichte Form, in der das gewaltsame Ausschlussverhältnis der Gesellschaftsmitglieder wirkt.

Mit dem Verfügungsrecht über die Produktionsmittel hat die besitzende Klasse zugleich die Kontrolle über die Arbeitskraft; das heißt, sie herrscht über die Arbeiterklasse. So wird es möglich, durch die Aneignung des Mehrwerts, also der Differenz zwischen dem Wert der Arbeitskraft und dem Wert der von ihr geschaffenen Produkte, den privaten oder staatlichen Zugriff auf den gesellschaftlichen Reichtum immer weiter auszudehnen. Lohnarbeit ist Ausdruck der Tatsache, dass die Arbeiter als freie

Personen nur über den Verkauf ihrer Arbeitskraft verfügen können und daher weder am Produkt ihrer Arbeit noch an der Gestaltung ihrer Arbeitsbedingungen maßgeblich beteiligt sind.

Der Wert, um den sich im Kapitalismus alles dreht, ist mit den Attributen abstrakte Arbeit und gesellschaftlich notwendige Arbeitszeit nicht hinreichend bestimmt, wie Bierwirth und Sutterlütti suggerieren. Erst auf der Grundlage des Eigentums an den Produktionsmitteln wird der gesellschaftliche Zusammenhang der Arbeitsteilung indirekt im Austausch der privatisierten Produkte (Waren) hergestellt, indem deren Wert durch die Konkurrenz auf den Märkten nach der gesellschaftlich notwendigen Arbeitszeit bestimmt wird. Dementsprechend wird der Anteil am Produkt der gesellschaftlichen Gesamtarbeit in diesem Produktionsverhältnis nicht durch die individuelle Arbeitszeit, sondern hinter dem Rücken der Gesellschaftsmitglieder durch die gesellschaftlich notwendige Arbeitszeit bestimmt.

Mit der Durchsetzung der individuellen Arbeitszeit als Maß für den Anteil am gesellschaftlichen Arbeitsprodukt wird die Aneignung des Mehrwerts in der Lohnarbeit aufgehoben und damit die Herrschaft derjenigen beendet, die über den gesellschaftlichen Produktionsapparat und somit auch über dessen Produkte verfügen. Mit dem Eigentum an den Produktionsmitteln verschwindet der auf Eigentum beruhende Warenaustausch und damit der Tauschwert samt seiner allgemeinen stofflichen Form, dem Geld. Für Arbeiter bedeutet das, dass nicht die Bewertung ihrer Ware Arbeitskraft durch die Konkurrenz auf den Märkten oder staatliche Behörden, sondern ihre Arbeitszeit bestimmt, welchen Anteil sie am gesellschaftlichen Reichtum erhalten. Das Geld als allgemeine Zugriffsmacht und Zweck des Wirtschaftens (Kapitalakkumulation) ist abgeschafft.

Auf der Grundlage der Arbeitszeitrechnung, die das Verhältnis von Arbeitsaufwand und Ertrag für alle Gesellschaftsmitglieder transparent macht, ist eine Produktionsplanung möglich, bei der die Menschen nach individueller Abwägung von Aufwand (individuelle Arbeitszeit) und Ertrag (gesellschaftlich notwendige Arbeitszeit) selbst entscheiden können, was sie haben wollen. Das heißt, jeder kann über seine individuelle Arbeitszeit und seinen Konsum selbst bestimmen. Die individuellen Bedürfnisse werden gegen den gesellschaftlichen Arbeitsaufwand abgewogen und über Konsumwünsche und die entsprechende individuelle Arbeitsbereitschaft in den gesellschaftlichen Planungsprozess eingebracht. Über die Arbeitszeitrechnung löst sich somit die Verteilungsfrage in der gemeinschaftlichen Produktionsplanung auf. Ob Arbeitszeitkonten dabei nur eine öffentliche Information darstellen oder (bei fehlender Solidarität hinsichtlich der für den eigenen Konsum notwendigen Arbeit) einen verpflichtenden Charakter bekommen, ist im Sinne der »Grundprinzipien« der Gruppe Internationaler Kommunisten (GIK) eine zweitrangige Frage.

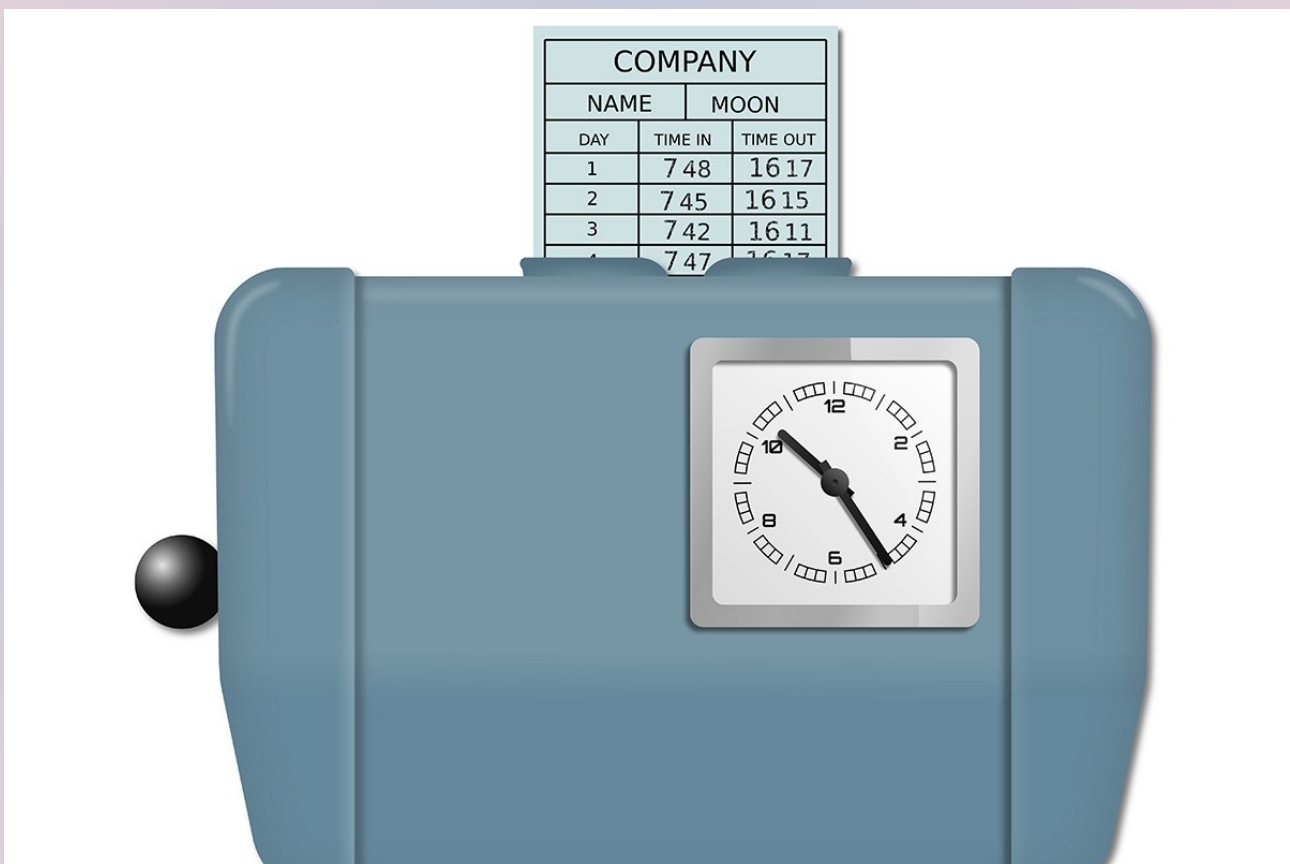
Natürlich verstehen Bierwirth und Sutterlütli, dass zwischen dem kapitalistischen Produktionsverhältnis und einem Produktionsverhältnis, das auf der Arbeitszeitrechnung beruht, grundsätzliche Unterschiede bestehen. Da sie aber ihre Utopie verteidigen wollen, interessieren sie diese Unterschiede nicht sonderlich. Arbeit ist für sie gleich Lohnarbeit, Verrechnung über Arbeitszeit gleich Warentausch. Indem sie unterschiedliche Sachverhalte mit denselben Begriffen belegen, tragen sie zur Verwirrung bei. Wer nicht zwischen Tauschwert und Arbeit unterscheiden will, dem schwimmt alles zu einem begriffslosen Brei, in dem alle Kategorien des kapitalistischen Produktionsverhältnisses auf einer anderen Ebene falsch reproduziert werden.

Jonna Klick teilt die Utopie, meint aber im Hinblick auf die Arbeitszeitrechnung zwischen Produktion und Konsumtion unterscheiden zu können. Es ist aber ein Irrtum zu glauben, dass man Produktion und Konsumtion in dieser Hinsicht trennen kann. Planung für die Produktion ist zugleich Planung für den Konsum und umgekehrt. Es ist daher ein Widerspruch, zu meinen, beim Konsum könne man den Zusammenhang mit der für den Konsum notwendigen Arbeit ignorieren.

Faires Arbeiten

Menschen verwenden Arbeitszeit nicht nur auf die Produktion, sondern auch auf die Reproduktion. Daher lässt sie sich als universelle Einheit für eine egalitäre Wirtschaftsform nutzen. Es braucht somit keine große Revolution, die Arbeit an der Utopie kann schon im Kleinen beginnen.

Von Initiative Demokratische Arbeitszeitrechnung (Erstveröffentlichung in der Jungle World 2023/31)



Arbeitszeitrechnung, aber auf kommunistisch

Bild: adobe stock / martinjanecek

Wie lange arbeitet eine Näherin in Bangladesh pro Woche – vielleicht 80 Stunden? Ein Industriearbeiter in Deutschland vielleicht 35? Trotzdem bekommt er ungefähr das 40fache Monatsgehalt. Als Vorstandsvorsitzender bei Mercedes wiederum bekommt man ungefähr das 10.000fache der Näherin. Der Grund dafür liegt in den Produktionsverhältnissen, genauer gesagt in der Trennung der Produzent:innen von den Produktionsmitteln, wodurch die, die arbeiten müssen, um zu (über)leben, vom Kapital ausgebeutet werden.

Die Gruppe Internationaler Kommunisten (GIK) kritisiert genau diese Trennung der Arbeiter:innen vom Produkt ihrer Arbeit. In der Schrift »Grundprinzipien kommunistischer Produktion und Verteilung« entwickelte sie das Modell der Arbeitszeitrechnung (AZR) mit dem Ziel, den »Rückfall in sozialdemokratischen Reformismus und bolschewistischen Terrorismus« zu verhindern, wie Felix Klopotek zu Recht herausstellt. Sie schreiben: »Wir fordern nun Garantien, dass wir das Entscheidungsrecht über die Produktionsmittel behalten. Deshalb fordern wir jetzt allgemein gültige Regeln.« Denn »als gewöhnliche Proletarier, die normalerweise die Drecksarbeit machen, haben wir uns gefragt, wie die Interessen unserer Klasse gewahrt werden«.

Es ging der GIK also darum, den Zugriff auf die Produktionsmittel »zu behalten«, ihre Theorie setzt, wie Philip Broistedt und Christian Hofmann in ihrem Beitrag schreiben, »Gemeineigentum der Produktionsmittel voraus«.

Dabei stützte sich die GIK auf eine Arbeitszeitrechnung, wie sie schon im 19. Jahrhundert vor allem von Robert Owen, Karl Marx und Friedrich Engels in Erwägung gezogen wurde. Die GIK entwickelte die Theorie systematisch weiter und bezog dabei auch moderne Buchhaltungstechniken mit ein. So entstand ein erstaunlich einfaches und transparentes System, eine dezentrale Planwirtschaft auf Basis von Arbeitszeit. »Eine Stunde ist eine Stunde« gilt darin für alle, für Näher:innen wie für Industriearbeiter:innen.

Die in dieser Reihe bisher aufgetretenen Kritiker:innen der AZR konzentrieren sich auf die Rolle der Arbeit in diesem Konzept– und hier besonders auf die Arbeitszertifikate, die als Nachweis der gearbeiteten Stunden dienen und für den individuellen Konsum verwendet werden können. Julian Bierwirth und Simon Sutterlütti, aus der Schule der Wertkritik und des Commonismus kommend, werfen der AZR vor, durch Arbeitszertifikate Lohnarbeit und damit den Kapitalismus zu bewahren.

Dieser Vorwurf hängt wohl damit zusammen, dass sie den Kapitalismus vor allem als Arbeitsregime verstehen und dabei nicht bereit sind, zwischen Lohnarbeit und Arbeit als anthropologischer Konstante, als »Stoffwechsel mit der Natur«, wenn nicht gar als »erstes Lebensbedürfnis« (Marx) zu unterscheiden. Hermann Lueer schreibt zu Recht: »Für sie ist nicht der mit dem Eigentumsverhältnis verbundene Wert das gesellschaftliche Vermittlungsprinzip im Kapitalismus, sondern die Arbeit.«

Entsprechend wenig sind Sutterlütti und Bierwirth dann auch an einer Neuorganisation der Arbeit interessiert. Sutterlütti fordert, man solle »materialistisch denken«, schlägt selbst jedoch nichts anderes vor als das freie Nehmen nach Belieben. Woher die Produkte denn kommen sollen, darüber schweigt er, von Floskeln wie »Weltbeziehung«, »Solidarität«, »Sorge«, »travail attractif« (was übrigens auch travail, also Arbeit ist), einmal abgesehen.

Jonna Klick kann sich Arbeitszeitrechnung in der Produktion zwar vorstellen, lehnt aber ebenfalls Arbeitszertifikate als »Arbeitszwang« ab. Hier ist zunächst zu sagen, dass auch im »Commonismus« Konsum an Leistung gekoppelt ist, jedenfalls gesamtwirtschaftlich. Denn das, was konsumiert wird, muss vorher auch produziert, also »geleistet« worden sein. Die Zertifikate erfinden diese Kopplung also nicht, sondern machen sie transparent und sorgen für Fairness. Sie sind geradezu ein Schutz der Leiseren, Langsameren, Schwächeren. Der Einarmige bekommt hier das Gleiche für eine Stunde Arbeit wie der Zweiarmige.

Dieses »Stunde gleich Stunde«-Prinzip würde dazu führen, dass die notwendige Arbeit fair verteilt wird. Wer würde noch dauerhaft unangenehme Arbeiten machen, wenn die angenehmen gleich vergütet werden? Die Betriebsorganisationen, die Branchenverbände und die ganze Gesellschaft werden gleichmäßig gute Arbeitsbedingungen schaffen müssen, sei es über organisatorische (Rotationsprinzip) oder technische Lösungen (Automatisierung).

Die Arbeitszeitrechnung könnte die Methode sein, wie Erzieher:innen endlich den Ingenieur:innen gleichgestellt werden.

Es wäre einfach, die Kritiker:innen der AZR auf die »öffentlichen Betriebe« der GIK hinzuweisen, die ihre Produkte »frei«, also nicht gegen Zertifikate abgeben. Sie bilden im Konzept der GIK den öffentlichen Sektor, der mit dem Kommunismus wächst und somit die Zertifikate verdrängt. Doch ist es wichtig zu betonen, dass Zertifikate wohl auf längere Sicht notwendig bleiben. Sie erlauben dezentralisierten Konsum: Gibt es sie nicht, müssen Bedürfnisse zentral erhoben werden und auch die Planung zentral erfolgen. Wird aber an zentraler Stelle der jeweilige Bedarf der Menschen ermittelt, wird es schwierig, auch Nischenbedürfnisse zu berücksichtigen und, wie es die GIK ausdrückt, »über das Einheitsbrot, die Einheitskonfektion und die Einheitswurst hinauszukommen«.

Die gegen die Anwendung der AZR in der Reproduktionsarbeit oder Care-Arbeit bisher vorgebrachten Einwände sind falsch. Gerade weil sich diese Arbeiten »durch die direkte Beziehung mit Menschen« auszeichnen und sich nicht vergegenständlichen (Bierwirth), also wesentlich Dienstleistung sind, kann die AZR besonders leicht angewendet werden. Produktionspläne für Erziehung und Pflege lassen sich ohne ähnlich große materielle Voraussetzungen erstellen, wie es in der Industrie der Fall wäre. Die heute existierenden Zeitbanken zeigen schon, wie leicht reine Dienstleistungen in eine Zeitökonomie integriert werden können. Die AZR könnte die Methode sein, wie Erzieher:innen endlich den Ingenieur:innen gleichgestellt werden.

Stellt man sich die AZR im großen Maßstab vor, wird sofort klar, dass nicht alle Entscheidungen auf betrieblicher Ebene getroffen werden können: Infrastruktur- und

Richtungsentscheidungen müssen entweder in Branchenverbänden oder übergreifenden Gremien verhandelt werden. Die Gesellschaft kann sich hier auch Regeln für eine ökologisch orientierte Produktion geben.

Eine Wirtschaft ohne Konkurrenz und Wachstumszwang hätte das Potential, rationaler, effektiver, ressourcenschonender zu sein. Große Teile des globalen Warenverkehrs würden überflüssig, wenn mit dem Lohn auch die Lohnunterschiede abgeschafft wären. Die Werbe- und die Finanzbranche verschwänden und ohne geistiges Eigentum müsste das gleiche Produkt nicht mehrmals entwickelt werden.

Die Arbeitszeit müsste daher nicht um andere Messkriterien wie CO₂-Emissionen ergänzt werden, um ein wirksames Mittel gegen die Klimakrise und ihre Folgen zu sein. Die Arbeitszeit ist keine willkürliche Wahl und es lassen sich nicht einfach »andere Faktoren« einberechnen (Jonna Klick), sondern sie ist das einzige universelle Maß: Alle Produkte kosten Arbeitszeit und alle Menschen geben einen Teil ihrer Lebenszeit für die Gesellschaft her.

Die kapitalistische Kostenrechnung ist allen Betriebswirtschaftler:innen bekannt, womit auch annähernd schon die buchhalterischen Grundlagen für die Arbeitszeitrechnung gegeben sind. Dies hat Guenther Sandleben in seinem Buch »Gesellschaft nach dem Geld« (2022) jüngst beschrieben. Es gibt bereits »Zeitbanken«, lokale Zusammenschlüsse von Menschen, die Dienstleistungen miteinander austauschen, ohne dabei Geld zu nutzen. Die Digitalisierung macht es Kollektiven einfach, Arbeitszeitertifikate und Konten zu verwalten. Die ökologische Krise zeigt ohnehin »deutlich die Notwendigkeit von Planung« (Broistedt/Hofmann).

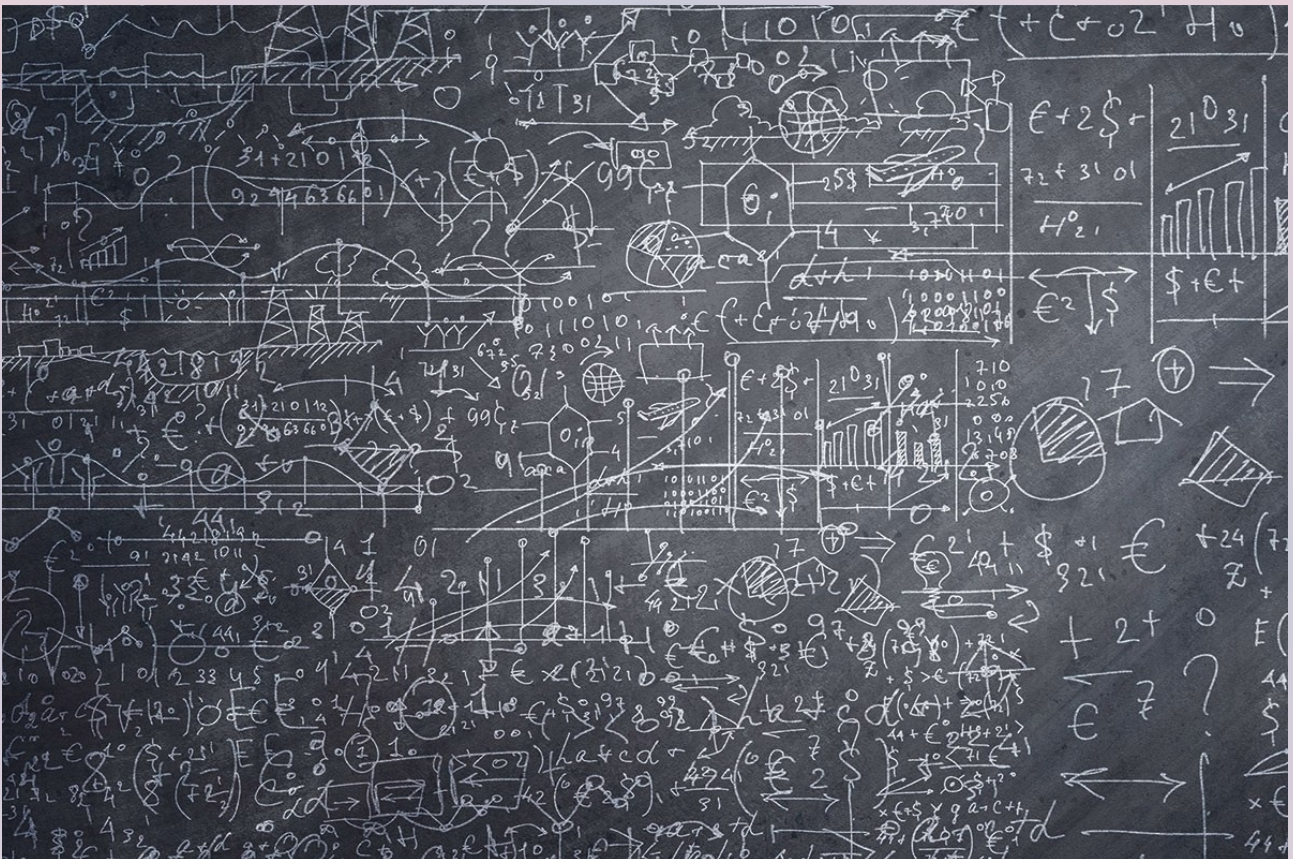
Mit dem Konzept der AZR muss man nicht auf die eine, große Revolution warten. Schon jetzt könnte man Erfahrungen mit der AZR sammeln. Es gibt viele Genossenschaften und Kollektivbetriebe, die demokratisch organisiert sind und Interesse an weitergehender Vernetzung haben. Zur Umsetzung werden nur Plena, Zettel und Stift benötigt. Es ist dank der zentralen Recheneinheit ein denkbar simples und robustes System. Digitale Lösungen bieten sich an, weshalb die Initiative Demokratische Arbeitszeitrechnung eine frei verfügbare »Arbeitszeitapp« entwickelt hat. Sie kann von Kollektivnetzwerken »gehostet«, also auf einem Server bereitgestellt, und von Betrieben und Arbeiter:innen benutzt werden.

»Der Kommunismus existiert nun schon so lange ausschließlich im Ideenhimmel«, schrieb Wolfgang Pohrt einmal resigniert, »dass man anfangen muss, daran zu zweifeln, ob er überhaupt jemals auf die Erde niederkommt.« Um sich von himmlischen Gefilden möglichst fernzuhalten, könnte man auf die konkrete Umsetzung der AZR hinwirken. Zu tun ist viel. Nicht nur sind neue Strukturen aufzubauen, sondern die Theorie der AZR mit tatsächlichen Arbeitskämpfen zu verknüpfen.

Komplizierte Rechenschritte

Die Idee der Arbeitszeitrechnung ist gut. In der praktischen Umsetzung ist die Errechnung der Arbeitszeit und ihre Umrechnung in Konsumzertifikate jedoch komplizierter, als es auf den ersten Blick erscheinen mag.

Von Hannes Giessler Furlan (Erstveröffentlichung in der Jungle World 2023/32)



Theoretische Überlegungen. Das Prinzip »eine Arbeitsstunde gleich einer Arbeitsstunde« lässt sich nicht leicht in die gesellschaftliche Praxis übertragen

Bild:picture alliance / Sergey Nivens / Shotshop

Die Natur ist kein Paradies. Um darin zu überleben und Freiheiten zu erringen, ist der Mensch gezwungen zu arbeiten. Diesen Zwang zur Arbeit wird es immer geben, auch im Kommunismus. Er könne aber, so Karl Marx, rationeller bewältigt werden. Die Gruppe Internationaler Kommunisten (GIK) entwarf vor fast 100 Jahren ein Konzept, das diesem Zweck dienen sollte: Arbeitszeitrechnung, Buchführung, Planung sowie sogenannte Arbeitscheine, die jedem Individuum ein seiner Arbeitszeit entsprechendes Anrecht auf Konsumgüter zertifizieren.

Julian Bierwirth dagegen möchte gleich die komplette Befreiung von Arbeit und Kostenrechnung. Er wünscht sich Kommunismus nach Art eines pränatalen oder paradiesischen Zustands. Daraus wird leider nichts: Mindestens die lebensnotwendigen Be-

dürfnisse werden weiterhin zur Arbeit antreiben, auch in einer kommunistischen Gesellschaft. Eine Umbenennung der Arbeit in Tätigkeit schafft hier keine Abhilfe. Simon Sutterlütli (27/2023) argumentiert, die Arbeitszeitrechnung via Buchführung schaffe nicht den Tauschwert ab. Dabei wirft er, wie Hermann Lueer schon eingewandt hat (30/2023), Arbeitszeit und Wert durcheinander.

Richtig ist: Im Kapitalismus bildet die Verausgabung von Arbeitskraft die Substanz des Werts und die gesellschaftlich notwendige Arbeitszeit manifestiert sich in der Wertgröße. Aber das heißt nicht, dass die Verausgabung von Arbeitskraft und die Arbeitszeit kapitalistische Bestimmungen sind. Spezifisch kapitalistisch sind vielmehr die Eigentumsverhältnisse, aufgrund derer die gesellschaftliche Arbeit atomisiert geleistet wird, sowie die verrückten Formen, in denen die Bestimmungen der gesellschaftlichen Arbeit dann nachträglich und verkappt in Erscheinung treten: Warenwert, Geld, Kapital. In diesen Formen entziehen sich die Bestimmungen der Arbeit dem Bewusstsein der Menschen und haben sich verselbständigt. Der Kommunismus Marx'scher Prägung beruhte auf der Idee, durch eine Revolution der Eigentumsverhältnisse diese Formen zu beseitigen und die Verausgabung der Arbeitskraft und die Arbeitszeit stattdessen in bewusster Form zu organisieren.

Ein solches Vorhaben muss nicht mit der Verherrlichung von Arbeit einhergehen, wie Bierwirth der GIK attestiert. Vielmehr kann eine Ökonomie nach dem Entwurf der GIK gewährleisten, mit möglichst wenig Aufwand auf die Befriedigung der Bedürfnisse aller hinzuarbeiten. Ganz im Sinne des Slogans, wonach im Kommunismus nicht die Profite, sondern die Bedürfnisse im Zentrum der Produktion stehen. Dazu müssen diese ermittelt oder abgeschätzt werden, und die Gesellschaft muss realistisch bemessen, was zu leisten sie imstande ist, sowohl quantitativ als auch qualitativ, und wie viel Arbeitszeit die Produktion der verschiedenen Güter kostet.

Dabei lassen sich eine konkrete und eine abstrakte Seite der Planung unterscheiden. Auf der einen Seite muss konkret festgestellt und organisiert werden, welche Produkte hergestellt und welche Arbeiten dafür ausgeführt werden müssen. Dabei geht es um Rohstoffe, um die Gewichtung von Sektoren, um Interaktionen zwischen Betrieben, um Reproduktion und erweiterte Reproduktion der Produktion, um kurzfristige Produktionskampagnen oder langfristige Projekte, um Gesundheitsschutz in der Produktion, um Qualitätskontrolle der Güter, um Verbraucherschutz und letztlich um die Bedürfnisse der Gesellschaft. Diese konkrete Planung wäre im Kommunismus nur in dem Sinne neu, dass sie sich nicht mehr mit dem Akkumulationstrieb des Kapitals arrangieren müsste. An sich gibt es sie schon. In diesen Bereich der Planung fällt auch der Umwelt- und Klimaschutz, den Bierwirth und Klick zurecht einfordern, aber der Planung von Arbeitszeit nebenordnen wollen.

Diese Planung der Arbeitszeit hätte zum Inhalt, was übrigbleibt, wenn man vom Konkreten abstrahiert. Und das ist das, was sich im Kapitalismus in Wert und Geld ausdrückt und auch im Kommunismus die Einheit aller Produktion bleiben wird: Verausgabung von Arbeitskraft. Diese Seite der Planung wäre ein historisches Novum. Neuer noch, als einige Verteidiger (Klopotek, Broistedt und Hofman) glauben, wenn sie behaupten, auf betrieblicher Ebene gebe es Arbeitszeitrechnung schon. Denn der

Markt macht den entscheidenden und gewaltigen Rechenschritt, indem er die Verausgabung von Arbeitskraft in Geld ausdrückt, und folglich zum Beispiel die Preise der Produktionsmittel vorgibt, die dann in der innerbetrieblichen Kostenrechnung veranschlagt werden. Im Kommunismus müsste dieser Rechenschritt bewusst erfolgen.

»Die Gesellschaft kann einfach berechnen, wie viele Arbeitsstunden in einer Dampfmaschine, der letzten Ernte, in hundert Quadratmeter Tuch von bestimmter Qualität stecken.« (Friedrich Engels)

Er ist aber nicht so einfach, wie Friedrich Engels in seinem »Anti-Dühring« behauptet: »Die Gesellschaft kann einfach berechnen, wie viele Arbeitsstunden in einer Dampfmaschine, einem Hektoliter Weizen der letzten Ernte, in hundert Quadratmeter Tuch von bestimmter Qualität stecken.« Es tun sich diesbezüglich gleich mehrere Probleme auf. Erstes Problem: Wie viele Arbeitsstunden stecken in einem Quadratmeter Tuch, wenn es in einem Betrieb eher langsam, im anderen eher schnell und im dritten von Robotern gewoben wird? Zweites Problem: Wie viele Arbeitsstunden stecken in jenem Hektoliter Weizen, der vergammelt, weil er zu viel produziert wurde? Stecken darin null gesellschaftliche notwendige Arbeitsstunden, weil sich die Arbeit am Ende als gar nicht notwendig erwiesen hat? Oder steckt darin eine bestimmte Anzahl Arbeitsstunden, weil dafür tatsächlich gearbeitet wurde und die Arbeitskräfte dafür Arbeitsscheine bekommen haben?

Drittes Problem: Wie macht sich die Qualifikation der Arbeitskräfte in den Gütern geltend? Nehmen wir die Dampfmaschine: Diese wurde von Arbeitskräften gebaut, die von Lehrkräften ausgebildet wurden. Wie und wo drückt sich die Verausgabung der Arbeitskraft der Lehrkräfte aus? Viertes Problem, sofern dann die Dampfmaschine im Einsatz ist, zum Beispiel in einer Tuchfabrik: In welchen Anteilen übertragen sich die in ihr aufgehäuften Arbeitsstunden im Laufe ihres mehrjährigen Einsatzes auf die vielen Tausend Quadratmeter Tuch, die mit ihrer Hilfe produziert werden? Fünftes Problem: Was ist mit langfristigen Investitionen, zum Beispiel in dem Jahre dauernden Bau von Staudämmen? Wie und in welchen Endprodukten macht die sich geltend?

All diese Probleme betreffen die Produktionsplanung, aber auch die Konsumtion. Schlussendlich muss die Menge der Arbeitsscheine auch der Menge an Gütern in den Konsumgüterdepots entsprechen. Es würde keinen Sinn ergeben, beziehungsweise zu leeren Regalen und unbefriedigten Bedürfnissen führen, wenn mehr Anrechtsscheine auf Konsumgüter als Konsumgüter existierten.

Die GIK versuchte, all diese Probleme zu berücksichtigen. Trotzdem scheint das Unterfangen ungeheuer schwierig. Dabei müssen allerdings zwei Fragen auseinandergehalten werden. Die erste Frage lautet, ob Arbeitszeitrechnung gut wäre. Die zweite Frage lautet, ob sie funktionieren kann. Der österreichisch-tschechische Marxist Karl Kautsky hielt sie für ein Ding der Unmöglichkeit: Genauso gut könne Wasser mit einem Sieb gemessen werden. Der Geldmechanismus, so war seine Schlussfolgerung 1922 in »Die proletarische Revolution und ihr Programm«, müsse auch im Sozialis-

mus beibehalten werden. Dieser Mechanismus könne verändert, aber nicht abgeschafft werden. So ähnlich kam es dann im Realsozialismus.

Sutterlütti meint, die Arbeitszeitrechnung lief im Grunde auf eine realsozialistische Planwirtschaft hinaus. Tatsache aber ist: Arbeitszeitrechnung fand im Realsozialismus nie und nirgends statt. Zwar existierte Wirtschaftsrechnung, auch gesamtgesellschaftliche. Aber diese basierte auf Geld, das noch dazu zirkulierte, und nirgends im Sozialismus gab es Beamte, die bewusst die gesellschaftlich notwendige Arbeitszeit kalkulierten.

Anfangs wollte man im Realsozialismus noch auf eine geldlose Wirtschaft hinaus. Auch Stalin sprach von ihr. Aber man erreichte sie nicht. Erst versuchte man, sich die Fortexistenz von Geld und Waren mit der unzureichenden Umwälzung der Eigentumsverhältnisse zu erklären. Später, als die Vergesellschaftung als Verstaatlichung brachial durchgesetzt worden war, vermutet man, es liege an der unzureichenden Planung und Synthese der Gesamtwirtschaft. Erst ab Ende der fünfziger Jahre begann man sich in Politik und Wirtschaftswissenschaft der realsozialistischen Staaten langsam mit der Geld- und Warenwirtschaft abzufinden.

Che Guevara wollte sich damit nicht abfinden und hielt die Überwindung des Egoismus für den springenden Punkt beim Aufbau des Kommunismus. Solange der Egoismus die Seelen noch vergiftete, arbeiteten die Menschen für Lohn und die Betriebe für Profit, folglich bestünden Kategorien wie Geld und Ware fort. Anstelle des Egoismus müsse der Gemeinsinn aller Gesellschaftsmitglieder treten. Er hoffte auf eine große Bewusstseinsänderung und den Neuen Menschen, den selbstlosen, sozialistischen Menschen, der freiwillig Opfer bringe. Eine ähnliche Vorstellung vom Kommunismus klingt bei Sutterlütti und Klick an. Bei ihnen heißt der Gemeinsinn Solidarität. Klick rückt zudem den Eigennutz in ein schlechtes Licht und hofft auf eine »neue kommunistische Subjektivierung«.

Aus Guevaras Idee wurde glücklicherweise nichts, zum Glück auch für den Eigennutz. Der hat bestimmt auch dunkle Seiten, aber er gehört auch zu den Triebkräften der Individuation und trägt zum Widerstand gegen Ausbeutung und Vergemeinschaftung bei. Marx und die GIK schrecken von seiner brüskten Überwindung zu Recht zurück: Im Tausch von Arbeit gegen Konsumgüter bekäme er vorerst eine geregelte Form.